

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 31 1401/2-II/7/83 (25)

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 geändert wird.
Durchführung des Begutachtungsverfahrens.

Himmelportgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 52 35 11, 52 95 67 / Kl. 817

Durchwahl

Sachbearbeiter: OK Dr. Elhenicky

An das
Präsidium des
Nationalrates

Parlament
1010 W i e n

Betrifft	GESETZENTWURF
Zl.	28 -GE/19-83
Datum:	23. SEP. 1983
1983 -09- 27	
Verteilt	Fromer

S. Hojok

Im Sinne der EntschlieÙung des Nationalrates betreffend die Begutachtung der an die vorberatenden Körperschaften und Zentralstellen versendeten Gesetzentwürfe, beehrt sich das Bundesministerium für Finanzen, in der Anlage seine Stellungnahme zu dem vom Bundesministerium für soziale Verwaltung erstellten und mit Schreiben vom 1. August 1983, Zl. 41 010/2-1/83, versendeten Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 geändert wird, in 25-facher Ausfertigung zu übermitteln.

1983 09 22

Der Bundesminister:

Dr. Salcher

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

Plum

BUNDESMINISTERIUM FÜR FINANZEN

GZ. 31 1401/2-II/7/83

Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Kriegsopferversorgungsgesetz 1957 geändert wird.
Durchführung des Begutachtungsverfahrens.

Himmelportgasse 4 - 8

Postfach 2

A-1015 Wien

Telefon 52 35 11, 52 95 67 / Kl. 817

Durchwahl

Sachbearbeiter:

OK Dr. Elhenicky

An das
Bundesministerium für
soziale Verwaltung

Regierungsgebäude
1010 W i e n

Zu dem mit Schreiben vom 1. August 1983 übermittelten Entwurf einer Novelle zum KOVG 1957 nimmt das Bundesministerium für Finanzen Stellung wie folgt:

Zu § 54:

Die Einführung einer 3-jährigen Verjährungsfrist begegnet im Hinblick auf vergleichbare Regelungen in anderen Sondergesetzen zwar keinem grundsätzlichen Einwand, doch soll nicht unerwähnt bleiben, daß diese Frist in einzelnen anderen Gesetzen (z.B. BAO und § 4 Abs. 3 des BG über die Förderung staatsbürgerlicher Bildungsarbeit im Bereich der politischen Parteien sowie der Publizistik, BGBl. Nr. 272/1972) mit 5 Jahren festgelegt ist.

Der letzte Satz dieses Absatzes ist inhaltlich gleich geblieben, doch erscheint es - insbesondere angesichts des § 60 ("Rückforderung nicht geschuldeter Leistungen des Bundes") des dzt. in parlamentarischer Behandlung stehenden Initiativantrages betr. das Bundeshaushaltsgesetz, der von einer ähnlichen Regelung in der Regierungsvorlage für ein BHG aus dem Jahre 1973 bewußt abgeht - allerdings auch denkbar, derartige Härten durch Anwendung der Bestimmungen über die Gewährung von Zahlungserleichterungen bzw. über den Verzicht der

- 2 -

Geltendmachung zu vermeiden; andernfalls würde nämlich den Bund u.a. auch die Beweislast für das Vorliegen eines Verschuldens und des Ausschlusses der Gutgläubigkeit treffen.

Zu § 54 Abs. 2:

Als Grund für die Einführung einer Regelung für Stundungen und Ratenabstattungen wird das bisherige Fehlen derartiger Bestimmungen im KOVG angegeben. Diese Begründung ist insofern nicht zutreffend, als nämlich für den Fall, daß keine abweichenden bundesgesetzlichen Regelungen bestehen, subsidiär die einschlägigen haushaltsrechtlichen Bestimmungen (dzt. im Art. XII Abs. 1 und 7 bis 10 BFG 1983 und ha. Durchführungserl. zum BFG 1983, "Zu Art. XI und XII BFG", Abs. 13) gelten. Es erhebt sich daher lediglich die Frage, ob bzw. inwieweit Abweichungen von diesen haushaltsrechtlichen Bestimmungen in dieser Verwaltungssparte notwendig sind. Unter diesen Gesichtspunkten verbleibt ho. Erachtens als tatsächlich relevante Abweichung lediglich der (absolute) Verzicht auf die Einhebung von Stundungszinsen - gemeint sind offenbar auch die Zinsen bei Ratenabstattungen -. Abgesehen davon, daß Art. XII Abs. 8 BFG 1983 auch eine Regelung für die Abstandnahme von der Einhebung derartiger Zinsen vorsieht, bestünde an sich gegen einen ausdrücklichen (absoluten) Verzicht auf die Einhebung solcher Zinsen im Gesetz selbst kein grundsätzlicher Einwand. Die übrigen im Entwurf vorgesehenen Bestimmungen über die Gewährung von Zahlungserleichterungen wären jedoch im Hinblick auf die diesbezüglich bestehenden - ohnehin wohl ausgewogenen - Haushaltsvorschriften und mit Rücksicht darauf, daß die betreffenden Entwurfsbestimmungen in der vorliegenden Fassung überdies in mehrfacher Beziehung mangelhaft und ergänzungsbedürftig erscheinen, entbehrlich; sie könnten - zur Klarstellung - allenfalls durch einen Hinweis auf die "einschlägigen Haushaltsvorschriften" (dzt. im Art. XII BFG, später im Bundeshaushaltsgesetz) ersetzt werden. Gleiches würde sich auch für die im § 54 Abs. 4 KOVG 1957 enthaltene - und durch den vorliegenden Novellierungsentwurf nicht be-

- 3 -

rührter - Verzichtsbestimmung empfehlen, zumal sich die rechtliche Fassung derartiger Bestimmungen inzwischen ebenfalls weiterentwickelt hat (s. Art. XII Abs. 10 BFG 1983).

Im übrigen wird wohl eine finanzielle Einbuße des Bundes in Kauf genommen werden müssen.

Bezüglich der Durchführung wäre daher vorzusorgen, daß der Zeitraum, für den ein Rückersatz vorgeschrieben werden kann, auch entsprechend EDV-mäßig erfaßt werden kann.

Zu § 61 Abs. 4:

Um eine schlechtere Stellung des Bundes gegenüber der bisherigen Regelung zu vermeiden, sollte der letzte Satz der vorgeschlagenen Regelung folgendermaßen lauten:

"Die Versorgungsleistungen sind vom 1. des Monates an wieder zu erbringen, der auf den Monat folgt, in dem der Ruhensgrund weggefallen ist."

Zu § 72:

Die Anpassung an das ASVG mit dem Zweck, auch nach dem KOVG 1957 den Bestattungskostenbeitrag künftig nur mehr in der im ASVG vorgesehenen Höhe von dzt. 6000,-- S zu gewähren, erscheint nicht geglückt. § 171 Abs. 2 sieht nämlich vor, daß im Bereich der knappschaftlichen Pensionsversicherung der Bestattungskostenbeitrag satzungsmäßig erhöht werden kann. Da nach § 72 des vorliegenden Entwurfes die nach dem ASVG vorgesehenen gesetzlichen und satzungsmäßigen Leistungen vorgesehen sind, erscheint die Höhe des zu gewährenden Bestattungskostenbeitrages auch künftig nicht eindeutig geregelt. Das Bundesministerium für Finanzen schlägt vor, diesbezüglich auf § 171 Abs. 1 ASVG abzustellen.

Dem Präsidium des Nationalrates wurden 25 Ausfertigungen der Stellungnahme des Bundesministeriums für Finanzen zugeleitet.

1983 09 22

Der Bundesminister:

Dr. Salcher

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung:

